

Schluss mit dem Gejammer

Es ist Zeit für einen Neustart der Coronabekämpfung – mit Rücksicht und Respekt | Von Ulrich Deppendorf

Eine persönliche Erklärung vorweg: Dies ist ein Artikel eines alten weißen Mannes – einer Spezies, die ja schon seit geraumer Zeit von Teilen der jüngeren Generation, auch in Journalistenkreisen, mitunter gerne ins Lächerliche gezogen wird. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat das nicht gerade gefördert. Dabei wird dieser Zusammenhalt in den kommenden Coronaphasen dringend erforderlich sein. Dazu müssen aber alle Generationen in diesem Land beitragen. Newsflash: Die Zahl der Corona-Infektionen steigt dramatisch an.

Teile der jüngeren Generation, also der 18- bis 36-Jährigen, scheinen es aber als ihr wichtigstes Problem anzusehen, dass sie nicht drei- bis viermal in der Woche dem schon berühmt gewordenen Beitrag vor wenigen Tagen im heute-journal des ZDF von einer feierfreudigen jungen Frau zu hören. Das sei unzumutbar – so klingt es häufig aus dem Munde des Partyvolks. Der Verzicht auf viele soziale Kontakte, auf Feiern, häufige Theater- und Konzertbesuche und viele weitere Einschränkungen – sie treffen nicht nur die Jüngeren, sondern auch die Älteren in diesem Land.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat recht, wenn sie sagt: Nur zusammen und mit viel Disziplin wird es uns gelingen, die Covid-19-Ausbreitung in diesem Winter einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Ihre angeordnete Zahl von 19 200 Infektionen pro Tag dürfte bis Weihnachten übertroffen werden, vor allen Dingen, wenn weiter viele Menschen in diesem Land die einfachen Regeln – Abstand, Händewaschen, Alltagsmaske, Lüften – unbewusst oder sogar bewusst nicht einhalten. Coronaleugner, Verschwörungstheoretiker, Esoteriker und die rechtsradikale AfD sind eine gefährliche Truppe bei der Bekämpfung des Coronavirus.

Hinzu kommt die Rücksichtslosigkeit von Teilen der Gesellschaft – einer Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren käuer und egoistischer geworden ist. Der rauer Ton, der Hass und die Hetze im Internet haben in hohem Maße dazu beigetragen.

Wer behauptet, Maskentragen sei eine Einschränkung seiner persönlichen Freiheit, der hat wahre Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, zum Beispiel in diktatorischen Staaten, nie erlebt. Das Tragen einer Maske abzulehnen, ist nichts anderes als demonstrierte Rücksichtslosigkeit gegenüber seinen Mitmenschen.

Die Deutschen haben in der Vergangenheit ganz andere Entbehrungen ertragen müssen, sei es nach Weltkriegen oder auch – worauf Cerstin Gammelin diese Woche in der Süddeutschen Zeitung mit Recht hinweist – im Osten unseres Landes nach der Vereinigung, als eine Vielzahl der Menschen ihre Jobs verlor, Berufs- und Studienabschlüsse nicht anerkannt wur-

den, viele noch einmal ganz und gar von vorne anfangen mussten.

Das waren wirkliche Entbehrungen, nicht der Verzicht auf drei Partys in der Woche in diesen Coronazeiten. Gammelin fordert: Schluss mit dem Gejammer! Wohl wahr.

Geradezu abstoßend wirkt es, wenn nun die rechtsradikale AfD als leider größte Oppositionspartei Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zwingen will, seinen richtigen Maskenerlass für die Abgeordneten zurückzunehmen. Das Parlament muss dort Vorbild sein. Was für ein schlechtes Bild zeigt der Deutsche Bundestag allerdings, wenn er reichlich spät seine parlamentarischen Mitwirkungsrechte bei den Anti-Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen entdeckt und das bisherige Verfahren kritisiert. Wo waren denn die Fraktionschefs und Fraktionen von Union und SPD in den vergangenen Wochen? Sie waren ziemlich

still und haben alles mitgetragen, genauso wie die Oppositionsparteien Grüne, Linke und eine zumindest grummelnde FDP. In Zukunft sollte der Bundestag immer sofort mit eingebunden sein. Das heißt aber auch, das Parlament muss in der Lage sein, schnell zu entscheiden. Das Virus verzeiht keine Zeitverzögerungen. In der Finanzkrise hat der Bundestag bewiesen, dass das möglich ist.

Doch auch die Ministerpräsidenten müssen ihre Vorgehensweise in der Corona-Bekämpfung ändern. Mit ihrem Länder-Egoismus haben sie die Bundesrepublik in die deutsche Kleinstaaterei vergangener Jahrhunderte zurückversetzt und damit die Bevölkerung verunsichert – das Beispiel des Beherbergungsverbot-Chaos spricht Bände. Der Wettlauf um die richtigen Maßnahmen zwischen den möglichen Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet und Markus Söder hat die Bürger weiter verunsichert. Beide sind, nebenbei, die Länderchefs mit den höchsten Infektionszahlen. Söder konnte diese Position auch mit den markigsten Worten und ständigem bayrischen Selbstlob nicht verhindern.

All das zeigt: Wir benötigen jetzt in dieser besonders kritischen Phase der Pandemie einen politischen und gesellschaftlichen Neustart in der Covid-19-Bekämpfung. Das bedeutet mehr direkte Ansprache der Bevölkerung, noch häufigere Kommunika-

tion zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern, noch mehr Austausch innerhalb der Gesellschaft, Austausch zwischen Jüngeren und Älteren. Die Presse sollte auch nicht jede unterschiedliche Virologensicht auf die Pandemie-Bekämpfung schieb als „Kampf der Virologen“ aufbauschen.

Den Jüngeren muss mit Fakten in sachlicher, aber durchaus deutlicher Ansprache klargemacht werden, dass ihr Verweigern der Rücksichtnahme nicht nur die Älteren, sondern eben auch die Jüngeren selbst verstärkt trifft und weiter treffen wird. Das gilt aber auch für Teile der älteren Generation, die meint, keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen.

Die Bundesrepublik ist bislang in aller Welt beneidet worden um ihren Umgang mit der Pandemie. Wir haben weltweit führende Wissenschaftler. Wir haben eine Regierung, die bislang bei der Bekämpfung vieles richtig gemacht hat. Aus den Fehlern der vergangenen Monate können wir alle nur lernen, mit großer Solidarität, mehr Rücksichtnahme unter und innerhalb der Generationen – und Zuversicht. Am Ende könnte dann das eintreten, was der nun selbst an Corona erkrankte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zu Beginn der Pandemie gesagt hat: Wir werden uns viel verzeihen müssen. Es ist die größte Herausforderung unserer freien Gesellschaft seit Jahrzehnten. Diese Herausforderung sollten wir bestehen.



AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Die Kanzlerin

Angela Merkel hätte sich 2016 besser anders entschieden. Zur fraglichen Zeit war die sogenannte Flüchtlingskrise bewältigt, wie derlei Herausforderungen eben zu bewältigen sind. Griechenland war „gerettet“ und die Euro-Krise war behoben, wie solche Krisen nun mal zu beheben sind. Merkel hätte mit Fug und Recht sagen können, ihrem Nachfolger das Land in einem geordneten Zustand hinterlassen zu haben. Offenkundig hat sie das auch lange erwogen – so lange wie noch nie ein Kanzler zuvor. Am Ende entschied sich Merkel anders. Sie trat wieder an. Zwei Jahre später, 2018, verzichtete sie auf den Parteivorsitz und auf eine künftige Kanzlerkandidatur. Das war verständlich – damals. Schlechte Umfragen, Wahlniederlagen der CDU. Sogar ihre Nachfolge schien geregelt: Annegret Kramp-Karrenbauer, Merkels Favoritin, wurde zur Parteivorsitzenden der CDU gewählt und kam als Kanzlerin in Betracht. Doch sie entsprach nicht den Anforderungen, woran auch die Bundeskanzlerin ihren Anteil hatte. Und nun?

Merkel liegt bei Demoskopen weit vorne. Den Bewerbern für den CDU-Vorsitz wird laut Umfragen die Aufgabe der Kanzlerschaft nicht zugetraut – erst recht nicht in Zeiten der Coronakrise. Der CSU-Aspirant gilt als zu machtgierig. Der SPD-Kandidat leidet unter dem Zustand seiner Partei. Ein grüner Kanzler, eine grüne Kanzlerin? Wohl noch nicht. Nun regten Wolfgang Schäuble, der Elder Statesman der CDU, und Markus Söder (CSU) an, die Union solle ihren Kanzlerkandidaten erst nächsten April nominieren. Ihre Absicht hält vieles offen. Einen CDU-Kandidaten schonen? Für Söder den Weg ebnen? Doch klar ist auch: Sie geben Merkel ein halbes Jahr Gelegenheit, ihre Verzichtserklärung von 2018 zu überdenken, und den Unionsparteien die Zeit, sich daran zu gewöhnen. Selbst im Corona-Durcheinander von Bund und Ländern und zwischen Exekutive und Gerichtsbarkeit ist Merkels Autorität als Krisenmanagerin nicht verloren gegangen. Anders als jeglicher Nachfolger müsste sie nicht ständig ihre Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis stellen. Söder könnte (wie versprochen) in Bayern bleiben und Jens Spahn (wie abgemacht) zu Armin Laschet stehen, der wiederum Ministerpräsident in NRW bleiben könnte – bei einem „Merkel Reloaded“. Der unwahrscheinlichsten aller Möglichkeiten. Doch keiner ihrer Vorgänger ist im Angesicht einer „Jahrhundert-Herausforderung“ (Merkel) freiwillig als Lotse von Bord gegangen.

Der Versuch, die Realität zurechtzubiegen

Kissingers Sprache der Macht gegen Brandts Gegenentwurf. Ein Rückblick aus aktuellem Anlass | Von Bernd Greiner

Was macht eine Ordnungsmacht, wenn ihr die Ordnung entgleitet? Was bedeutet der Verlust von Macht und Einfluss? Wo ist Amerikas Platz in einer multipolaren Welt? Ist es ratsam, sich dem Wandel entgegenzustellen, ihn gar aufhalten zu wollen? Was will und kann man erreichen, mit welchen Mitteln und an wessen Seite?

Derlei Fragen standen in den USA bereits Ende der 1960er-Jahre auf der Tagesordnung. Die von Präsident Richard Nixon erdachten und von seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger verkauften Antworten sind, obwohl den Umständen und Nöten ihrer Zeit geschuldet, noch immer aktuell – weil sie einer Vergangenheit entstammen, die offenbar nicht vergehen will. Einerseits. Und weil andererseits schon damals ein europäischer Gegenentwurf vorgelegt wurde, der in der Unübersichtlichkeit der heutigen Zeit noch immer als Kompass dienen kann.

Henry Kissingers viel zitierte Realpolitik war bei Lichte besehen eine Litanei in drei Akten – protokolliert in ungezählten Denkschriften und Vorträgen, festgehalten auf 4000 Stunden Tonbandmaterial von Diskussionen im Oval Office und vorgetragen in ermüdender Eintönigkeit. Erstens: „America First“. Amerikas Vorherrschaft ist unverzichtbar, Stabilität ist gleichbedeutend mit amerikanischem Übergewicht. Und wer die Welt für jene ordnet, die im Gebrauch der Macht nicht geübt sind, und vor jenen schützt, die mit Macht Missbrauch betreiben, hat selbstverständlich das Recht zu Alleingängen. Zweitens: Eine Führungsmacht braucht den Willen zur Gewalt. Politische Sicherheit und militärisches Risiko sind zwei Seiten einer Medaille, eine Ordnungsmacht, deren Gewaltbereitschaft in Frage steht, verspielt ihre Glaubwürdigkeit. Diplomaten sichern

Frieden nur dann, wenn sie das Handwerk der Nötigung beherrschen. In anderen Worten: Außenpolitik muss vom Militärischen ausgehend gedacht werden, ansonsten verfehlt sie ihren Zweck. Drittens: Macht beruht auf Angst. Niemand soll dem Irrglauben aufsitzen, auf der militärischen Eskalationsleiter mit den USA mithalten zu können, Risiken werden reduziert, sobald andere mehr Angst vor dem Krieg haben als man selbst. Sicherheit auf der einen Seite steht und fällt mit Unsicherheit auf der anderen Seite, Unberechenbarkeit muss kalkuliert eingesetzt werden.

Diese Dogmen hingen seit 1969 wie Bleigewichte an Amerikas Außenpolitik. Gegenüber der Dritten Welt, wo jede noch so geringfügige Unruhe durch die Brille der Systemkonkurrenz gesehen und einzig danach beurteilt wurde, ob sie der UdSSR nutzte oder irgendwann nutzen könnte. Gegenüber der Sowjetunion und der VR China, die man zum einseitigen Vorteil der USA gegeneinander ausspielen wollte. Gegenüber Verbündeten, die zur Ordnung gerufen wurden, sobald sie Zweifel an militärisch grundierten Ordnungsmodellen



Eher nicht ziemliche beste Freunde: Henry Kissinger und Willy Brandt in Bonn 1974

vortragen und über eine neue Sicherheitsarchitektur nachdachten.

So gesehen steht Henry Kissingers vielzitierte Realpolitik für den Versuch, die Realität zurechtzubiegen, bis sie wieder ins Korsett eherner Vorgaben passte. Ein Schelm, wer Anklänge an Heutiges herausliest oder gar Parallelen zu erkennen glaubt.

Von allen zeitgenössischen Kritikern war in Washington einer ausgesprochen verhasst: der bundesdeutsche Kanzler Willy Brandt. Abseits des diplomatischen Parquets redeten sich Nixon und Kissinger in Rage über den „gefährlichen Dummkopf“ Brandt, vor dem Misstrauensvotum im Bundestag im April 1972 dachten sie laut über eine klammheimliche Unterstützung des christdemokratischen Gegenkandidaten Rainer Barzel nach, Anfang 1973 wünschte Kissinger, vom Präsidenten wie-

der einmal auf den „Trottel“ in Bonn angesprochen, dem deutschen Kanzler gar den Tod an den Hals. Noch Jahre nach dem Abschied aus dem Amt ereiferte sich Kissinger über die „revolutionären Schlussfolgerungen“, zu denen sich Brandt seines Erachtens verstiegen hatte.

In der Tat. Die damalige Bonner Außenpolitik wurde von Willy Brandt auf die Höhe ihrer Zeit gebracht, um die Perspektive auf eine andere Zeit zu öffnen. Ausgangspunkt war eine Abwertung des Militärischen und die Verabschiedung der Idee, dass Rüstung ein Gradmesser von Glaubwürdigkeit oder ein geeignetes Mittel zur Zähmung von Konkurrenten sei. Weg von einem Denken, das auf die Macht des Stärkeren und die Effizienz von Drohgebärden setzt, hin zu einer Zivilisierung von Konflikten im Inneren wie im Äußerer – darum ging es. Womit im Um-

kehrschluss gesagt war, dass Kooperation nur funktionieren kann, wenn hinreichend Vertrauen vorhanden ist. Und wenn man wie jeder gute Unternehmer bereit ist, einen Vorschuss auf die Zukunft zu investieren – in der Hoffnung, aber eben nicht in der Gewissheit, dass die Investition Gewinne abwerfen wird. Die Gleichsetzung von Vertrauensbildung und Gefühlsduseligkeit, von Kissinger lauthals beklagt, greift ins Leere. Brandt wusste sehr wohl, mit wem er es in Moskau zu tun hatte. Umso mehr betonte er das politische und normative Fundament von Vertrauen, nämlich die Einsicht, dass es Sicherheit in allen großen Fragen nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander geben kann – und dass es nicht auf das Durchsetzen, sondern auf den Ausgleich von Interessen ankommt.

In diesem Sinne war die bundesdeutsche Entspannungspolitik eine Art Unabhängigkeitserklärung gegenüber der westlichen Hegemonialmacht, ohne die Westbindung zu kappen – eine Veränderung des Status quo bei gleichzeitiger Anerkennung seines ideellen Sockels. Statt die Sprache der Macht wiederzukäuen, wurde eine Grammatik des Vertrauens gelernt. Das war der Kern selbständiger Ostpolitik, deshalb musste man vor der politischen Gewichtszunahme der Bundesrepublik keine Angst mehr haben. Wer heute – durchaus in außen- und sicherheitspolitischen Belangen fordert, ist also mit dem Vermächtnis Willy Brandts ungleich besser bedient als mit den antiquierten Idee Henry Kissingers.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter